

Die Wünsche der städtischen Beamtenschaft.

Der derzeit geschäftsführende Präsident des Vereines der Beamten der Stadt Wien, Magistratssekretär Gschladt, teilte einem Mitarbeiter der „Reichspost“ über den Stand der Angelegenheit der geplanten neuerlichen Erhöhung der Teuerungszuwendungen an die städtischen Angestellten folgendes mit: „Die städtischen Angestellten wurden bei der Gewährung von Teuerungszulagen stets in derselben Weise bedacht wie die Staatsangestellten; es ist daher auch zu erwarten, daß die neueste Zuwendung sich in dem Rahmen der Zugeständnisse halten wird, die der Staat seinen Angestellten gewähren wird. Dem Vernehmen nach wird das Finanzministerium den Staatsangestelltenauschuß für den 10. September einberufen und ihm seine Vorschläge unterbreiten, die umfassen dürften: 30%ige Erhöhung der Teuerungszulagen, Einführung von acht Familienklassen, Anrechnung von 18 Monaten für ein Kriegsjahr in die Berechnung des Ruhegenusses bei eintretender Dienstunfähigkeit, Einziehung der Hälfte der Kriegszulage der ersten Familienklasse in die Pensionsbemessung sowie vierteljährige Zuwendung von Anschaffungsbeiträgen in dem bisherigen Ausmaße. Diese voraussichtlichen Zugeständnisse bedecken sich zwar nicht mit den Forderungen der städtischen Angestellten und werden sicherlich auch von den Staatsbediensteten nicht als zufriedenstellend anerkannt werden, jedoch kann es von den städtischen Angestellten gewiß als eine einstweilige Abschlagszahlung angesehen werden, die viele, viele Millionen verschlingen und den Gemeindehaushalt neuerlich schwer belasten wird. Der Anfallstermin der

erhöhten Kriegszulagen ist mit 1. Oktober vorgesehen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner plant, wenn die Angelegenheit beim Staate entschieden ist, jedenfalls aber noch im Monat September eine Gemeinderatssitzung einzuberufen, die sich damit befassen wird.“ Auf die Frage unseres Mitarbeiters, wie sich die Gemeinde zu der Bestellung von Kleidern (Uniformen) an die Gemeindebediensteten stellen würde, erklärte Magistratssekretär Gschladt: „Die Gemeinde ist in dieser Richtung hin, ebenso wie gegenüber der Forderung der Angestellten nach teilweiser Naturalentlohnung in höchst bedauerlicher Weise durch die zentrale Bewirtschaftung der Artikel gebunden. In der Frage der Bekleidung hat aber der Verein der Beamten der Stadt Wien eine Art Selbsthilfe, durch die Schaffung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft zum Zweck der Anschaffung von Bekleidungsgegenständen in Aussicht; dieses Unternehmen dürfte von der Regierung aus einem der dazu bestimmten 8-Millionen-Fonds subventioniert werden, allerdings nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Der Verein der Beamten der Stadt Wien hat seinerzeit den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht, daß bei einzelnen magistratischen Bezirksämtern große beschlagnahmte Stoffmengen erliegen, die vielleicht bei größerem Bemühen seitens der staatlichen Zentrale für Zwecke der städtischen Angestellten freigegeben werden könnten. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Anregung die wärmste Förderung von allen Stellen erfahre.“